
Protokoll

Sitzung Nr. 4
 Datum **Mittwoch, 29. August 2018**
 Ort Aula des Wahllackerschulhauses
 Zeit 19.30 bis 21.15 Uhr

Vorsitz	Markus Bacher	FDP 1
1. Vizepräsident	Rudolf Gerber	SP 1
Stimmzählende	Michael Fust	SP 1
	Fritz Pfister (<i>Ersatz für Niklaus Marthaler</i>)	SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli	
	Markus Burren (<i>ab 20.00 Uhr</i>)	
	Roland Guggisberg (<i>ab 20.25 Uhr</i>)	
	Matthias Kobel	
	Bruno Mosimann (<i>ab 20.30 Uhr</i>)	
	Peter Nussbaum	
	René Ritter	
	Samuel Tschumi	SVP 8
	Markus Dietiker	
	Monika Flückiger-Brunner	
	Kornelia Hässig Vinzens	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Tharnan Selliah	
	Philip Steiner	
	Patricia Zangger-Schöni	SP 7
	Martin Doriot	
	Patrick Heimann	
	Marcel Remund (<i>ab 19.35 Uhr</i>)	
	Stefan Stock	FDP 4
	Jürg Jenni	
	Beat Koch	
	Peter Kofel (<i>ab 19.35 Uhr</i>)	
	Marceline Stettler-Schwenter	
	Annette Tichy-Gränicher	
	Bruno Vanoni	GFL 6
	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
	Andreas Buser	
	Mario Morger	glp 2
	André Tschanz	
	Karin Walker (<i>ab 19.40 Uhr</i>)	EVP 2

 34

Abwesend	Niklaus Marthaler Denise Mellert Petra Spichiger-Röllli Johanna Thomann Lemann Markus Hadorn Toni Oesch	SVP 2 SP 1 FDP 1 BDP 1 fdU 1
Vertreter des Gemeinderats	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Edi Westphale (<i>bis 20.00 Uhr</i>)	
Abwesend	Peter Traber	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Protokoll	Priska Iseli, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	2	
Anzahl Medien	1	

Geschäfte

19	Pro Protokoll Protokoll vom 30. Mai 2018.....	60
20	12.300. Einbürgerungsreglement 1.12.55 Einbürgerungsreglement Einbürgerungsreglement; Erlass	60
21	31.511. Fahrzeuge Ersatzbeschaffung Kehrmaschine; Abrechnung Verpflichtungskredit.....	62
22	1.92.1 Motionen Motion Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!"; Erheblicherklärung	63
23	1.92.3 Interpellationen Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Geniesst ReBeNo Wettbewerbsvorteile dank Sonderrechten?"; Antwort.....	71
24	1.92.3 Interpellationen Interpellation Markus Burren (SVP) betreffend "Landgarbenstrasse bereits nach 10 Jahren ein Sanierungsprojekt"; Antwort.....	71
25	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Johanna Thomann (FDP) und Mitunterzeichner betreffend "Bushaltestellen Betagtenheim, Kreuz, alte Post, etc."; Antwort.....	71
26	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Andreas Buser (glp) betreffend "Sammlung von expandiertem Polystyrol"; Antwort.....	72

27	1.92.3 Interpellationen Dringliche Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Verkehrssicherheit auf der sanierten Kreuzung Eichenweg / Länggasse"; Antwort.....	72
28	1.92. Parlamentarische Vorstösse Parlamentarische Eingänge	72

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Markus Bacher
Präsident

Stefan Sutter
Sekretär

Priska Iseli
Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse euch recht herzlich zu unserer August-Sitzung. Weiter begrüsse ich den Gemeinderat, Priska Iseli und Stefan Sutter von der Verwaltung, Vertreter der Presse und Gäste. Anwesend sind aktuell 28, zwei werden noch dazustossen. Entschuldigt sind Petra Spichiger, Toni Oesch, Bruno Mosimann, Roland Guggisberg, Johanna Thomann und Markus Hadorn. Weiter entschuldigt ist der Stimmenzähler Niklaus Marthaler (SVP). Wir brauchen einen Ersatz, ich würde diesen gerne wählen lassen. Stellt sich jemand zur Verfügung als Stimmenzähler? Fritz Pfister. Ich erkläre somit Fritz Pfister (SVP) in Anwendung des Artikels 45 als Stimmenzähler für heute Abend als gewählt. Seitens Gemeinderat entschuldigt ist Peter Traber. Somit sind wir beschlussfähig.

Mitteilungen

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir haben einen weiteren Gast unter uns, Andrea Flück von der Gemeindeverwaltung wird ein paar Fotos schiessen, keine Porträts, es sind Aufnahmen, die auf unsere Homepage kommen.

19.35 Uhr: Peter Kofel und Marcel Remund treffen ein, 30 Ratsmitglieder sind anwesend

GGR-Reise, ich freue mich, dass ich mit 25 Kolleginnen und Kollegen nach Luzern reisen darf, in die Stadt, in der ich aufgewachsen bin. Wir haben noch von zwei Mitgliedern keine Rückmeldung. Die GGR-Sitzung im September findet mangels Traktanden nicht statt. Somit werden wir uns im Oktober wieder treffen. Weiter haben wir für die heutige Sitzung per E-Mail eine dringliche Interpellation von Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnenden betreffend "Verkehrssicherheit auf der sanierten Kreuzung Eichenweg / Länggasse" erhalten. Über die Dringlichkeit dieses Vorstosses werden wir unmittelbar nach den Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission und des Gemeinderats befinden.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Gemäss Artikel 62, Geschäftsordnung GGR, ist die GPK abschliessend zuständig für Konsultationen des Parlaments nach Artikel 153, Abs. 3, Gemeindegesetz. Der GPK wurde eine Vernehmlassung der Regionalkonferenz zum Thema Kulturverträge zugestellt. Diese Vernehmlassung hat die GPK bearbeitet. Die Antwort ging anschliessend direkt zurück an die Regionalkonferenz und als Info an den Gemeinderat. Gemäss dem Entwurf in der Vernehmlassung bleiben die Kosten in etwa gleich hoch. Einzig, wenn viele Gemeinden in der Vernehmlassung mit einzelnen Punkten nicht einverstanden sind besteht die Möglichkeit, nochmals Anpassungen vorzunehmen. Die definitive Vorlage sollte im Jahr 2019 bereinigt vorliegen. Die Stellungnahme der GPK wird auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet, wurde mir heute Abend mitgeteilt.

19.40 Uhr: Karin Walker trifft ein, 31 Ratsmitglieder sind anwesend

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Wer auf dem Areal der Sekundarstufe I vorbei geht, stellt fest, dass dort die Arbeiten seit einiger Zeit nicht vorankommen. Im Namen des Gemeinderats informiere ich an dieser Stelle über die Gründe. Die Schadstoffsanierung in der Aula konnte planmässig abgeschlossen werden. Hingegen konnten die Bauarbeiten zur Erweiterung der Aula nicht wie geplant während den Sommerferien begonnen werden. In der Ausführungsplanung zeigten sich unterschiedliche Sichtweisen zwischen dem beauftragten Architekturbüro und der Gemeinde als Bauherrin über wesentliche Punkte des Projekts. Die Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro wurde inzwischen beendet. In Folge müssen die

Inhalte überarbeitet und ein neuer Zeitplan erstellt werden. Konkret heisst dies, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden kann. Mit der Schule und den betroffenen Vereinen wird die Gemeinde direkt nach Lösungen suchen. Sie wurden heute auch direkt informiert, genauso die Mitglieder der Kommission Bau und Umwelt. Morgen erscheint im MZ noch eine kleine Medienmitteilung. Der Gemeinderat informiert die Öffentlichkeit wieder, sobald das weitere Vorgehen geklärt ist.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen nun zur Dringlichen Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende "Verkehrssicherheit auf der sanierten Kreuzung Eichenweg / Länggasse". Es geht jetzt einzig darum, die Dringlichkeit zu klären und darüber abzustimmen und nicht um die Inhalte. Das Wort hat der Interpellant.

Bruno Vanoni (GFL): Wir haben letzte Woche festgestellt, dass auf der Kreuzung Eichenweg / Länggasse die Sanierungsarbeiten bald fertig sind aber wir konnten nicht sehen und haben keine Information darüber, ob und wie der Auftrag des GGR erfüllt worden ist. Der Auftrag nämlich, welchen wir bei der Kreditbewilligung gegeben haben, dass eine Beurteilung und eine Beratung durch die Verkehrssicherheitsexperten erfolgen sollen. Wir wollen mit dieser Interpellation eine frühzeitige Information des GGR und der Öffentlichkeit sicherstellen. Der Gemeinderat hat Stellung genommen und diese Stellungnahme ist gestern nach dem Mittag per Mail eingetroffen. Es sieht vielleicht ein bisschen komisch aus, dass wir jetzt noch, der Form halber, über die Dringlichkeit entscheiden, obwohl die Interpellationsantwort bereits verschickt worden ist. Ich habe der Antwort entnommen, dass der Gemeinderat die Interpellation als dringlich befürwortet, aber auch betont, dass das Bauprojekt und allfällige Anpassungen in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Das möchte ich noch klarstellen, das wollten wir mit der Interpellation nicht in Frage stellen. Wir wollten nur ermöglichen, dass aufgrund der Information, welche jetzt frühzeitig erfolgt, der Gemeinderat noch Anpassungen beschliessen könnte. Bevor das Projekt abgeschlossen und auch die Kreditabrechnung gemacht ist. Also, die Kompetenz des Gemeinderats, dieses Projekt auszuführen, ist nicht bestritten in der dringlichen Interpellation. Wir möchten einfach, dass die Antwort des Gemeinderats nun noch rechtmässig das Licht der Welt erblicken kann und deshalb bitte ich euch, der dringlichen Behandlung zuzustimmen.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dem parlamentarischen Vorstoss die Dringlichkeit erteilen will wird gebeten, dies mit Handerheben zu bezeugen. Falls ihr annehmt, wird das Geschäft unter Traktandum 5.6 bei den Parlamentarischen Vorstössen behandelt.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Antrag auf Dringlichkeit der Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Verkehrssicherheit auf der sanierten Kreuzung Eichenweg / Länggasse" wird angenommen.

Traktandenliste

Der Gemeinderat zieht das Traktandum 3, Kreditabrechnung Sanierung Brücke Reichenbach, zurück, somit wird dieses heute nicht behandelt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung dieser Änderung genehmigt.

19 Pro Protokoll

Protokoll vom 30. Mai 2018

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

20 12.300. Einbürgerungsreglement

1.12.55 Einbürgerungsreglement

Einbürgerungsreglement; Erlass

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir machen zuerst eine allgemeine Runde und danach arbeiten wir die Änderungen artikelweise durch.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK dankt dem Gemeinderat für seine souveräne Reaktion auf ihre Fragen bei der letzten Behandlung dieses Geschäfts und die Verbesserung der Unstimmigkeiten. Die Kommission hat folgende Fragen zu Art. 2, Abs. 2:

- Was gilt als Erstausbildung? Wie kommt die Bestimmung zur Anwendung wenn jemand keine solche Erstausbildung hat?
- Wie wird die Höhe der zurückzubehaltenden Sozialhilfeleistungen berechnet? Die GPK bittet um die Beantwortung dieser Frage an folgenden zwei Beispielen: 18-jähriger, der mit seiner Familie Sozialhilfe bezieht und 40-jähriger, der zwischen seinem 25. und 30. Altersjahr Sozialhilfe bezogen hat.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Dieses Projekt steht ein bisschen in einem schlechten Licht. Wir haben es schon einmal vorgebracht und wieder zurückgezogen, Korrekturen gemacht und ich hatte eigentlich das Gefühl, jetzt stimmt's. Wir haben es so eingeschickt nach Bern zur Prüfung und haben von dieser Seite eigentlich auch das Okay erhalten. Und trotzdem schlägt Ihnen der Gemeinderat im Sinne eines **Änderungsantrags** nun nochmals eine Präzisierung vor, so dass anschliessend aus unserer Sicht alle Unstimmigkeiten geklärt sein sollten. Als wir das Ganze angegangen sind, dachte ich, das gäbe einen Zweizeiler, denn dem Gemeinderat ist es eigentlich wichtig, dass die Steuern bezahlt sind und eben auch die Akontorechnungen. Beides ist nicht vom Kanton vorgegeben, deshalb haben wir dieses Reglement gemacht. Und je länger wir uns damit befasst haben, desto mehr kam dazu. Bspw. die Frage, was ist denn, wenn ein Schweizer sich zusätzlich das Bürgerrecht der Gemeinde erwerben möchte? Dazu waren wir der Meinung, das müssen die genau gleichen Voraussetzungen sein, wie es bei einem Ausländer ist. Somit hat das Reglement bereits wieder an Länge gewonnen. Mit der jetzigen Version sind wir überzeugt, dass es so richtig ist und damit auch der Auftrag des Gemeinderats abgedeckt ist, dass das Steuern- und Akontorechnungen-Begleichen eine Wertigkeit erhält. Zollikofen macht Leistungen zum Allgemeinwohl und dafür sind wir auf sämtliche Einnahmen angewiesen. Und wer eine zusätzliche Leistung, das Bürgerrecht, beziehen will, soll auch sämtliche Steuern und Akontozahlungen begleichen. Das wärs zum Reglement, ich finde es jetzt gut so wie es ist. Zu den Fragen der GPK: Was als Erstausbildung gilt, steht in den Weisungen, die wir euch zugestellt haben. Ich wiederhole sie hier nicht noch einmal. Zu den Rückzahlungen der Sozialleistungen gibt es eine klare Regelung. Wenn jemand unter 18 Jahre alt ist, muss nichts zurückbezahlt werden, denn das sind die Schulden, welche eigentlich die Eltern übernommen haben. Und zum zweiten Beispiel der GPK: Nach zehn Jahren müssen die Leistungen nicht zurückbezahlt werden.

Matthias Kobel (SVP): Bis zum 31. Dezember 2017 war es für Ausländerinnen und Ausländer eine Einbürgerungsvoraussetzung, die definitiv veranlagten Steuerschulden vollständig be-

zahlt zu haben. Aus dem Bericht und Antrag geht hervor, dass die Akonto- oder Ratenrechnungen der Steuern die wichtigste Einnahmequelle für Kanton und Gemeinden sind. Ohne diese Zahlungen könnten die laufenden Ausgaben des öffentlichen Haushalts nicht beglichen werden. Oder anders gesagt: Würden Zollikofner die Akonto- oder Ratenrechnungen nicht bezahlen und mit der Begleichung warten, bis die Steuern definitiv veranlagt sind, hätte die Gemeinde ein massives finanzielles Problem. Die bisherige Praxis der Gemeinde Zollikofen ist, dass bei einem Einbürgerungsgesuch auch die Akontosteuerrechnungen bezahlt sein müssen, bevor das Gesuch an den Gemeinderat weitergeleitet wird. Mit vorliegendem Einbürgerungsreglement soll jetzt die rechtliche Grundlage dafür geschaffen werden. Ausnahmen dieser Pflicht sind in Artikel 4 des Einbürgerungsreglements genau ausformuliert. Die fristgerechte Bezahlung der Ratenrechnungen sehen wir von der SVP-Fraktion als Bürgerpflicht an. Schliesslich ist auch noch zu erwähnen, dass eine Einbürgerung nicht nur Rechte mit sich bringt, sondern auch Pflichten. Und im Weiteren besteht auch kein Rechtsanspruch für die Einbürgerung. Aus all diesen Gründen empfiehlt euch die SVP-Fraktion mehrheitlich, das Einbürgerungsreglement zu genehmigen.

Stefan Stock (FDP): Als wir von der FDP-Fraktion den Vorschlag zum Einbürgerungsreglement erneut durchgelesen haben, haben wir uns schon ein wenig gefragt, was der Gemeinderat mit dem Artikel 2 bezweckt. Aber vorallem auch, was der Kanton eigentlich genau prüft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Gericht die Rückzahlungen von Sozialleistungen befürwortet, welche einem Jugendlichen bzw. in Jugendjahren von einem Antragsteller ausbezahlt worden sind. Schliesslich kann ein Kind in der Regel erstens nichts dafür und zweitens, kaum die Verfügungsgewalt über die ausbezahlten Leistungen haben. Des Weiteren wären die besagten Bestimmungen im Falle einer nicht abgeschlossenen Erstausbildung des Gesuchstellers gar nicht zur Anwendung gekommen. Wie man auf eine solche Formulierung kommt, ist uns schleierhaft. Umso mehr würdigen wir die jetzt erfolgten, raschen Änderungen und den Sinn des heutigen Änderungsantrags zum Reglement. So können wir dahinter stehen.

Tharnan Selliah (SP): Mit dem Gesetz über den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts, welches in diesem Jahr in Kraft getreten ist, legt der Bund erstmalige Kriterien zur Einbürgerung fest. Auch aus der Sicht eines Einwohners mit Migrationshintergrund ist es sehr begrüssenswert, dass man Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit schafft und aus unserer Sicht gleichzeitig auch human ist. Ebenso begrüssenswert ist, dass neben der Aufenthaltsdauer vor allem die individuelle Integration, das Teilen der Werte der Schweizerischen Verfassung, das Vertrautsein mit den lokalen Lebensverhältnissen und die Teilnahme am Wirtschaftsleben oder der Bildungserwerb für den Erwerb des Bürgerrechts ausschlaggebend sind. Für unsere Fraktion sind die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Kriterien sinnvoll, um die übergeordneten Ziele der Einbürgerung mit den Bedürfnissen der Gemeinde in Einklang zu bringen. Der Passus, dass alle Akonto-Steuerrechnungen bezahlt sein müssen, finden wir ein wenig übertrieben, können aber damit leben. Eine genauere Definition von engerer Verbundenheit der Bewerbenden mit der Gemeinde, die Frage zur Erstausbildung und zur Berechnung der allfällig zurückzubehaltenden Sozialbeiträge erscheint uns sehr sinnvoll, sowohl für Ausländerinnen und Ausländer wie auch für Schweizerinnen und Schweizer, welche das Bürgerrecht der Gemeinde Zollikofen anstreben. Wir danken dem Gemeinderat für die pragmatischen Kriterien und werden diesem Erlass zustimmen.

Michael Fust (SP): Ich habe eine Frage zur Umsetzung zu Artikel 2, Buchstabe d. Es würde mich interessieren, wie sich der Gemeinderat das vorstellt mit dem fristgerecht. Ich verstehe, dass die Akonto-Rechnungen bezahlt sein müssen, aber wie fristgerecht genau funktioniert, habe ich nicht verstanden. Bezieht sich das auf die Rechnungen aus dem laufenden Jahr oder denkt man da weiter zurück?

Gemeinderat Edi Westpahle (GFL): Was wir sicher nicht machen, ist, zehn Jahre zurückschauen und prüfen, ob jede Akontorechnung auf den Tag genau bezahlt wurde. Das wird sicher keine wortwörtliche Umsetzung sein. Uns ist einfach wichtig, dass am Tag des Einbürgerungsgesprächs alles bezahlt ist. Das Gespräch findet in der Regel drei bis vier Wochen

nach der ersten Information bei der Gemeinde statt, wenn sie informiert werden dass die Steuern bezahlt sein müssen. Es kann sicher jedem einmal passieren, dass er eine Rechnung zwei Tage zu spät bezahlt. Das wäre nicht ein Grund, die Einbürgerung abzuweisen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Gehe ich richtig in der Annahme, dass der neue Absatz 3, der nun eingefügt wurde, so wie es hier steht, nur für Schweizer gilt? Weil er steht unter Punkt 2, Schweizerinnen und Schweizer. Müsste dieser Absatz 3 nicht auch bei "Ausländerinnen und Ausländer" stehen?

Gemeinderat Edi Westpahle (GFL): Nein, dort muss es nicht stehen, denn das ist übergeordnet geregelt. Bei den Schweizern besteht kein übergeordnetes Gesetz, darum haben wir es hier eingefügt, damit der Schweizer gleich behandelt wird wie der Ausländer.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Artikel 3, Artikel 4, 5 und 6. Gibt es noch eine Schlussbemerkung? Dann kommen wir jetzt in einer ersten Phase zur Abstimmung zum Änderungsantrag. Wir stimmen ab, ob das vorliegende Dokument, in diesem Sinne die Änderungsanträge des Gemeinderats, das wäre Artikel 2, Punkt 2 und 3, von uns als Parlament angenommen werden gegenüber dem ursprünglichen Reglement vom 10. August.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Änderungsantrag des Gemeinderats wird angenommen.

Beschluss (29 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

Das Einbürgerungsreglement wird genehmigt.

21 31.511. Fahrzeuge

Ersatzbeschaffung Kehrmaschine; Abrechnung Verpflichtungskredit

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK hat eine Frage: In welchem Zeitrahmen ist mit der Ausschreibung der alten Kehrmaschine auf den Internetportalen zu rechnen?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ich spreche hier in Vertretung von Peter Traber, der heute abwesend ist. Die neue Maschine wurde am 26. März 2018 an die Mitarbeitenden des Werkhofs übergeben und sie wurden eingeschult. Die alte Maschine hat man noch in Reserve behalten, damit man sie brauchen könnte, falls die neue Maschine aussteigen sollte. Danach hat man Verkaufsanfragen bei der Gemeinde Rapperswil-Grossaffoltern und bei der Firma Schwendimann gemacht. Beide hatten kein Interesse an der Maschine. Ebenfalls wurden die Firmen, die bei der Ausschreibung Angebote gemacht haben, angefragt, ob sie die alte Maschine in Kommission nehmen würden, auch dort bestand kein Interesse. Vom 11. bis 21. Juli 2018 war die Maschine erstmals im Verkaufportal ricardo.ch ausgeschrieben für Fr. 10'000.00, es gab kein Angebot und keine Nachfrage. Die zuständigen Personen der Bauverwaltung beabsichtigen nun, verschiedene Tiefbaufirmen anzufragen, ob sie Interesse an der Maschine hätten für die Reinigung ihrer Werkhöfe oder Baustellen. Wenn dies keinen Abschluss ergibt, wird sie am 3. September 2018 erneut für Fr. 10'000.00 bei ricardo.ch ausgeschrieben.

René Ritter (SVP): Die SVP stimmt diesem Geschäft zu. Nun haben wir gehört wie es ablaufen soll. Die Reaktionen, die wir gekriegt haben, waren relativ unpräzise und zusammen mit dem vorderen Geschäft, welches zurückgezogen wurde, frage ich mich, ob man ein Kommunikationsproblem hat und wie das zu lösen wäre.

20.00 Uhr: Markus Burren trifft ein, 32 Ratsmitglieder sind anwesend

20.00 Uhr: Edi Westpahle verlässt die Sitzung

Philip Steiner (SP): Eine kurze Anregung: Ich habe einmal in der Verkaufsschulung gelernt, dass der Preis von Fr. 9'999.00 viel günstiger ist als Fr. 10'000.00. Wenn jemand eine Limite für einen Kaufspreis eingibt, heisst es schnell mal "aber nicht mehr als Fr. 10'000.00". Somit könnte dieser Franken vielleicht den Unterschied machen, dass wir jemanden hätten, der die Maschine zumindest anschaut.

Peter Nussbaum (SVP): Noch ein kleiner Hinweis meinerseits: Die Ausschreibung auf ricardo.ch ist ja nicht so teuer, das kann man erneuern und laufen lassen, da muss man nicht bis zum 3. September warten.

Kenntnisnahme

Die Abrechnung mit Kosten von Fr. 153'869.70 und einer Unterschreitung von Fr. 16'130.30 wird zur Kenntnis genommen (Konto 6150.5060.03).

22 1.92.1 Motionen

Motion Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!"; Erheblicherklärung

Kornelia Hässig (SP): Der heisse Sommer sitzt uns allen noch im Nacken. In guter Erinnerung ist der Sprung in die Aare. Heute hätte man zwar auch immer noch gehen können. Den Fischen hat diese Wärme zwar nicht so gepasst, aber uns hat es viel Spass gemacht, mir auch, muss ich zugeben. Aber ein bisschen ein mulmiges Gefühl haben wir unterdessen wahrscheinlich alle, dass die Sommer immer heisser und trockener werden und die Regengüsse immer heftiger und gewaltsamer und dass das steigende Schäden verursacht. Auch die Landwirtschaft hat diesen Sommer massiv mit der Trockenheit gekämpft, nicht eine gute Perspektive. Wer heute den Klimawandel noch nicht wahrhaben will, muss riesige Scheuklappen haben, denn die Anzeichen sind ziemlich deutlich. Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet und wir Schweizer haben die Energiestrategie des Bundes verabschiedet, die Gemeinde Zollikofen mit sage und schreibe 59 Prozent. Und das ist auch ein Auftrag an uns hier drinnen im Saal. Die 59 Prozent von Zollikofen, die finden, wir müssen weg von den fossilen Energieträgern, die Energiestrategie ist etwas Wichtiges. Die Energiestrategie des Bundes funktioniert nicht ohne uns Gemeinden, nein, wir spielen sogar eine ganz wichtige Rolle in dieser Strategie. Wenn wir von den fossilen Energieträgern innert nützlicher Frist wegkommen wollen und unseren Energiekonsum effizienter und nachhaltiger gestalten wollen, dann muss es hier bei uns in der Gemeinde anfangen. Die Gemeinde muss eine Vorbildfunktion übernehmen, die Gemeinde muss ihre Bürger informieren und auch zu vorbildlichem Verhalten animieren, die Gemeinde muss aufzeigen, dass sich Energiesparen lohnt und die Gemeinde muss dafür sorgen, dass unsere Energieversorgung kontinuierlich auf erneuerbare Energien umgestellt wird. Deshalb wurde vor Jahren das Energie-Stadt-Label zusammen mit dem Bund geschaffen. Mit dem Label will man Anreize schaffen, dass die Gemeinden beginnen zu handeln. Man hat diesbezüglich auch Hilfestellung geschaffen, indem man von Energiestadt-BeraterInnen beraten wird und indem man den Gemeinden einen umfangreichen Strauss an möglichen Massnahmen aufzeigt um dem Ziel näher zu kommen. Das Label zeichnet Gemeinden aus, welche eine progressive, konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik betreiben. Ein Label ist aber nicht nur einfach schön, sondern muss auch Inhalt haben. Nur ein Label um des Labels Willen bringt gar nichts. Ohne Geld läuft in unserer Gesellschaft bekanntlich sehr wenig. Dass wir Geld in die Hand nehmen müssen, ist wohl klar, ein Label ist nie gratis. Aber gerade Energie-Massnahmen kosten eben nicht nur Geld, sondern sie zahlen sich immer zurück «in barer Münz», nämlich in eingesparter Energie. Und das fehlt vollständig in dieser Antwort. Wenn wir uns also nur auf eine Zahl versteifen, diese in der Antwort aufgeführten ominösen 1.5 Mio. Franken für die nächsten Jahre, die offensichtlich der Grund sind, dass die Gemeinde den Weg einer fortschrittlichen progressiven Energiestadt nicht einschlagen will, dann werden wir der Sache nicht gerecht. Denn es fehlt die Seite, die aufzeigt, was wir mit

dem Einsatz des Geldes erreichen können. Nämlich die eingesparte Energie, die zugebaute erneuerbare Energieerzeugung, die dadurch generierte Arbeit, den grossen volkswirtschaftlichen Nutzen oder der erhöhte Wohnkomfort in einem sanierten Haus etc. Gerade unsere KMU's im Gebäudebereich leben von diesen Haussanierungen und das Montieren von Wärmepumpen und Solaranlagen ist eine wichtige Einnahmequelle. Und für unsere Jugendlichen, die zum Beispiel Heizungsinstallateur oder Elektriker lernen, ist es auch viel spannender und befriedigender eine Wärmepumpe zu montieren oder eine PV-Anlage zu installieren anstatt einen Heizkessel zu ersetzen. Ich möchte heute Abend nicht über einzelne mögliche Massnahmen sprechen, die in diesem erwähnten Katalog aufgeführt sind. Da könnten wir den ganzen Abend füllen. Es gibt ganz viele Massnahmen, welche die Gemeinde quasi gratis umsetzen kann. Sie könnte zum Beispiel über die ganze Gemeinde verteilt Standorte für Mobiltiy zur Verfügung stellen und die Bevölkerung dazu animieren, dass sie kein eigenes Auto mehr hat. Der Fantasie sind in diesem Bereich keine Grenzen gesetzt und es gibt unterdessen viele gute Beispiele, welche Gemeinden umgesetzt haben. Im erwähnten Massnahmenkatalog in der Antwort wird ein Fördertopf erwähnt, man spricht von Fr. 500'000.00, das ist wohl ein Schreibfehler. In den 1,5 Mio. Franken ist nämlich 1 Mio. Franken für den Fördertopf vorgesehen. Ein Fördertopf ist aber keine zwingende Massnahme, man müsste ihn nicht zwingend machen. Man bekommt dafür vier Punkte, aber wenn man den Topf vielleicht nur mit der Hälfte bestückt, halt vielleicht zwei Punkte, oder man man andere Massnahmen. Das ist wirklich nicht vorgegeben. Wenn dieser Fördertopf weggelassen würde, summieren sich die anderen möglichen Massnahmen nur noch auf Fr. 500'000.00, das ist klar eine ganz grobe Schätzung und wird in der Realität vielleicht mehr. Mir wäre es das wert, vor allem in Anbetracht des Nutzens, welchen wir damit erreichen. Heute Abend geht es aber nicht darum, dass wir einzelne Massnahmen diskutieren, sondern dass wir eine Stossrichtung festlegen, ein Bekenntnis abgeben. Zu den einzelnen Massnahmen, hätten wir hier drinnen auf jeden Fall ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Wenn wir uns, der Gemeinderat und das Parlament gemeinsam, auf den Weg des Gold-Labels aufmachen, dann bin ich sicher, werden wir in den nächsten zehn Jahren diverse spannende Geschäfte zu behandeln haben. Vielleicht hätten wir plötzlich mehr Spass zum Kommen. Wir haben heute schon erwähnt, hätten wir keine interessanten Geschäfte zum Diskutieren, könnte ich jederzeit noch Nein sagen. Ich möchte auch noch kurz klarstellen, ich werfe dem Gemeinderat nicht vor, er mache nichts. Mit dem Energierichtplan haben wir ein gutes Instrument in der Hand, mit dem wir arbeiten können. Wir mussten den zwar machen, weil auch der Kanton bis anhin auch eine fortschrittliche Energiepolitik betrieben hat und vorgegeben hat, dass alle energierelevanten Gemeinden einen machen müssen, aber ich finde das gut. Aber auch hier, man kann diesen Plan einfach Plan sein lassen oder aktiv angehen und umsetzen. Die Antwort des Gemeinderats ist kurz und knackig, was ich eigentlich sehr begrüsse, aber ich spüre darin ein bisschen wenig Herzblut. Unsere Hoffnung ruht natürlich auf unserer Gemeinderätin, aber um dieses Vorhaben voranzutreiben, braucht sie uns und den Gemeinderat im Rücken. Ich bin stolz auf unsere Gemeinde, weil sie vor Jahren entschieden hat, Energiestadt zu werden. Das war ein fortschrittlicher und mutiger Entscheid. Zwischen 2010 und 2015 haben wir zwar Punkte verloren, welche wir hoffentlich mit dem Energierichtplan aber wieder aufholen können. Nur das Label halten zu wollen ist nicht genug. Das Grundlegende, das wir machen müssen, das ist das A und O der Geschichte, nämlich genügend personelle Ressourcen und auch eine klare Delegation der Aufgaben. Es müssen nicht 40 % sein, da genügt aus meiner Sicht auch die Hälfte, aber es muss eine Person sein, die das nötige Knowhow und Herzblut mitbringt und regelmässig an diesem Thema arbeitet. Das könnte man auch in einem kleineren Mandat vergeben. Es muss auch eine Kommission geben, die sich regelmässig mit dieser Thematik beschäftigt und ich bin überzeugt, das wäre eine spannende Aufgabe für die Baukommission. Die Energiestadt-Politik kann man nicht in einem stillen Kämmerchen auf der Bauverwaltung vollziehen. Es braucht eine Kommission, es braucht eine Person in der Verwaltung, die sich verantwortlich fühlt und es braucht uns als Parlament, das heute dieses Zeichen setzen würde. Sonst geht es weiter bergab mit unserer Punktzahl, mit unseren Massnahmen und mit der fortschrittlichen Energiepolitik, welche vor Jahren hier in Zollikofen eingeläutet wurde. Wenn wir heute beschliessen, dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, die Energiewende entschlossen und zielstrebig anzugehen, so geben

wir ihm erstens mit zehn Jahren genug Zeit und zweitens haben wir noch keinen Rappen ausgegeben und keine einzige Massnahme beschlossen. Das käme alles noch auf uns zu und das könnte ziemlich spannend werden. Aber wir geben dem Gemeinderat ein Ziel vor, auf das wir hinarbeiten möchten. Ob wir dann in zehn Jahren das Label erreichen werden, bleibt offen aber wir stellen sicher, dass die Bemühungen nicht einschlafen. Ich meine nicht, wir müssen das Label erreichen, aber wir müssen es versuchen, indem wir aktiv sind und das Ziel anstreben. Ich bitte euch, stimmt dieser Motion zu.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Der Gemeinderat hat sich an seiner Klausur intensiv mit dem Thema Energiestadt auseinandergesetzt, auch im Hinblick auf die Erstellung des Umweltwegweisers, der das Umweltkonzept ersetzt hat. Die Diskussion hat über ein breites Spektrum von Möglichkeiten stattgefunden. Die erste Möglichkeit war, am Label Energiestadt festzuhalten, die zweite, das Gold-Label zu erreichen, die dritte, ganz auf ein Label zu verzichten und den Standard selber zu definieren. Der Gemeinderat hat sich für den Erhalt des Energiestadt-Labels ausgesprochen, sich jedoch bewusst vom Ziel «Gold-Label» verabschiedet. Das Label Energiestadt erhalten Gemeinden, wenn sie mehr als 50 % der möglichen Massnahmen realisiert oder beschlossen haben. Energiestadt Gold ist die höchste Auszeichnung für Energiestädte. Die Bedingung ist, dass mehr als 75 % der möglichen Massnahmen realisiert oder beschlossen sind. Ich möchte euch den Original-Text von der Website der Energiestadt vorlesen zum Gold-Label: "Die Auszeichnung ist vergleichbar mit der «Champions League»: Hier treffen sich die Besten der Besten." Zum Massnahmenplan, auf den sich der Gemeinderat in der Antwort gestützt hat: Das war für den Gemeinderat eine Diskussionsgrundlage zur Meinungsbildung. Dazu hat die zuständige Energieberaterin von Energiestadt Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir das Ziel in zehn Jahren erreichen könnten. Darin enthalten sind auch der finanzielle Aufwand und die Anzahl Punkte, die man mit der Massnahme erreichen könnte. Bei der Auflistung muss beachtet werden, dass die Kosten für die nötigen Personalressourcen von ca. 30 bis 40 Stellenprozent nicht miteingerechnet sind. Der Gemeinderat hat den Massnahmenplan gebraucht zum einzuschätzen, was Gold-Label in der konkreten Umsetzung bedeuten könnte. Der Gemeinderat musste sich in Kenntnis des Massnahmenplans der Frage stellen, soll Zollikofen bei den Besten der Besten in der «Champions League» spielen? Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, Nein. Aber mit dem Bekenntnis, Zollikofen soll weiterhin Energiestadt sein, so spielt Zollikofen energiepolitisch in der «Super-League», das ist immerhin Nati A. Beim letzten Re-Audit im Jahr 2015 hat Zollikofen 58 % von den möglichen Massnahmen erreicht, das war ein bisschen weniger als in den vorderen Audits. Es gibt jeweils ein energiepolitisches Profil. In dem aus dem Jahr 2015 sieht man sehr gut, dass wir in drei Bereichen stark sind, dort erreichen wir fast 75 %. Das ist der Fall bei den kommunalen Gebäuden und Anlagen, bei der internen Organisation und bei der Entwicklungsplanung und Raumordnung. Man sieht aber auch, dass bei der Mobilität, Versorgung und Entsorgung sowie Kommunikation und Kooperation Potenzial besteht. Seit dem Re-Audit 2015 sind im Rahmen der Ortsplanungsrevision viele Energiestadt-relevante, kommunale Grundlagen neu erarbeitet worden wie zum Beispiel die Richtpläne. Wir erwarten, dass sich diese auch positiv auf die nächste Bewertung auswirken werden. Das nächste Re-Audit findet 2019 statt. Das ermöglicht dann eine aktuelle Standortbestimmung, wo Zollikofen als Energiestadt steht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass Zollikofen energiepolitisch nicht in der «Champions League» spielen muss und beantragt euch darum, die Motion abzulehnen.

20.25 Uhr: Roland Guggisberg trifft ein, 33 Ratsmitglieder sind anwesend

20.30 Uhr: Bruno Mosimann trifft ein, 34 Ratsmitglieder sind anwesend

Beat Koch (GFL): Kornelia Hässig hat das meiste schon gesagt, was ich sagen wollte. Ich sage es jetzt trotzdem noch einmal, um es zu verstärken. Als ich die Antwort des Gemeinderats gelesen habe, war ich auch erstaunt, dass das einzige vorgebrachte Argument die Kosten sind. Aus meiner Sicht fehlen zwei Sachen komplett, nämlich der Nutzen, der das Erreichen eines Gold-Labels hat und zweitens die Konsequenzen, wenn wir nichts machen. Das erwarte ich nicht unbedingt in dieser Antwort, aber ich gehe dennoch kurz darauf ein. Ich habe heute

Nachmittag die Energiestatistik der Eidgenossenschaft vom letzten Jahr heruntergeladen. Tatsache ist, dass rund zwei Drittel unserer Energie, die wir verbrauchen, nicht erneuerbar ist, das sind Öl und Gas. Wenn das aus irgendeinem Grund wegfällt, haben wir ein riesen Problem. Es gibt mehr oder weniger frustrierende Bücher zu diesem Thema. Das Schlimmste, das ich gelesen habe: Eigentlich ist unsere ganze Zivilisation, die wir heute haben, auf Öl aufgebaut und wenn wir dieses Öl nicht mehr haben, geht unsere Zivilisation unter. Das ist früher schon passiert und es kann wieder passieren. Aber wir denken ja positiv. Wenn wir über Energie sprechen müssen wir uns bewusst sein, es geht nicht um Solarzellen auf den Dächern, es geht nicht um Strom. Das ist ebenfalls wichtig, aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Sondern es geht darum, dass wir aufhören müssen, von Öl abhängig zu sein. Nun kann man sagen, es gibt aber genug Öl. Das ist eben nicht so. Es gibt den Ausruck "Peak-Oil". Es gibt Leute, die sagen, das sei auch Hokusfokus, aber es gibt eine grosse Anzahl Leute, die behaupten, dass wir das Maximum des zu fördernden Öls bereits erreicht haben. Norwegen zum Beispiel, grösster Öl-Förderer Europas, ist nun der grösste Förderer von Elektroautos. Sie wissen etwas, das wir noch nicht wahrhaben wollen: Öl- und Gas-Förderung gehen zurück. Früher oder später haben wir ein Problem. Aus meiner Sicht viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass es einen politischen Entscheid geben wird, dass wir fossile Energieträger nicht mehr verbrennen dürfen. Das Thema ist der Klimawandel, so langsam merken fast alle, dass das ein Problem ist und wir etwas dagegen machen können. Die einzige Sache, die wir machen können, ist aufzuhören, Öl zu verbrennen. Wenn man sich die internen EU-Papiere ansieht, sieht man, dass wir 2030 eigentlich aufhören müssten, CO2 auszustossen, wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen. Das ist nicht weit weg, das ist in zwölf Jahren. Wahrscheinlich geht es etwas länger, in der Energiestrategie des Bundes ist es 2050, aber auch das ist absehbar. Wenn wir das Energiestadt Gold-Label anstreben, dann zwingt uns das, uns über unseren Energieverbrauch Gedanken zu machen. Die Gegner der Motion sagen, dass man das auch ohne Label tun kann. Ich glaube aber nicht, dass das wirklich der Realität entspricht. Wir wissen seit 50 Jahren, dass der Klimawandel existiert, dass er durch Menschen entstanden ist und dass das Verbrennen von Öl dafür verantwortlich ist. Man könnte jetzt sagen, in Zollikofen sind wir besser als auf dem Rest der Welt. Aber dann kommen Dinge wie die Vernehmlassung zum Bärenareal, wo von gewissen Parteien gefordert wird, dass man pro Wohneinheit zwei Parkplätze haben sollte. Dort muss man einfach sagen, irgendwie ist das Bewusstsein hier in der Gemeinde noch nicht vorhanden, in welche Richtung wir uns bewegen sollten. Ich bin der Meinung, wir sollten jetzt agieren und nicht in zehn, zwölf oder zwanzig Jahren zweifelt reagieren. Jetzt zu den Nutzen: Sicher geht es darum, Energie einzusparen. Das bedeutet auch Geld einsparen. Ein weiteres Beispiel: Das Ziel eines Mobilitätsmanagements ist, den Verkehr zu optimieren, was nachweislich einem Anliegen der Bevölkerung entspricht. Zufriedenere Einwohner wären also ein weiterer Nutzen. Zudem erzeugt das Erreichen des Labels positive Publizität und stärkt das Image von Zollikofen als attraktiver Wohnort. Ja, es kostet Geld, aber der Ertrag ist mit Sicherheit höher als der Aufwand. Ich vertraue darauf, dass wir hier genug realistisch sind und die Probleme anerkennen, die potenziell in der Zukunft kommen. Ich weiss, es ist immernoch sehr viel politisch und man weiss nicht genau, wann das Problem kommt, aber es ist ziemlich sicher, dass es kommt. Ich vertraue auch darauf, dass wir optimistisch genug sind und daran glauben, dass wir gute Lösungen finden können. Und schliesslich vertraue ich darauf, dass wir eine Kosten-Nutzen-Rechnung machen, dass wir gute Ökonomen sind, und erkennen, dass wir zwar einen Aufwand haben, aber dass der Nutzen grösser ist. Deshalb bitte ich euch im Namen der GFL, die Motion erheblich zu erklären.

Martin Doriot (FDP): Wir hatten wieder einen heissen und gleichzeitig trockenen Sommer. Einen schneearmen Winter wird es wieder geben. Wir sind uns bewusst, dass etwas gegen den Klimawandel gemacht werden muss. Einfach zuschauen ist für die FDP keine Option. Für uns stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Vorschlag, das angestrebte Gold-Label, ein wirksames Rezept gegen den Klimawandel ist. Kann mit diesem Zertifikat der CO2-Ausstoss nachhaltig reduziert werden? Können wir bspw. mit dem Erwerb dieses Labels das grosse Verkehrsaufkommen reduzieren und auf die Schienen verlegen? Können wir mit dem Gold-Label den Massentourismus und die grossen Emissionen eindämmen? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir alle diese Fragen mit einem klaren Nein beantworten. Da stellt sich die Frage, was

erreichen wir denn mit dieser Goldauszeichnung? Was ist der echte Gegenwert für die doch sehr hohen einmaligen und wiederkehrenden Kosten? Erwerben wir mit diesem Zertifikat vielleicht gar nur ein goldenes Feigenblatt? Reinigen wir damit unser schlechtes Gewissen, weil wir doch alle unseren Planeten mit unserer Lebensweise belasten? Ja, ich habe alle gesagt – und meine damit auch alle. Denn wer von uns verzichtet freiwillig auf tolle Ferien oder auf das Skifahren im Winter? Niemand von uns, und man kann auch nicht der Gemeinde in Auftrag geben, dass wir darauf verzichten. Schaut mal in den Sozialen Medien die Reiseberichte an: Es muss immer weiter, immer exotischer sein. Das Tessin, das Wallis und der Neuenburgersee haben ausgedient. Heute heissen die Destinationen Tibet, Australien oder Palm Beach in den USA. Die grössten CO₂-Schleudern sind also nicht die Schweizer Gemeinden, sondern die Flugzeuge, die Luxusdampfer und die grossen Frachter. Sogar die Forschungsstelle Tourismus an der Uni Bern warnt im Zusammenhang mit der CO₂-Kompensation von Fr. 12.00, die man beim Fliegen freiwillig zahlen kann. Ich zitiere: „Es besteht immer die Gefahr des ‚Rebound-Effekts‘, was heisst, dass wenn man kompensiert hat, man dafür noch mehr fliegt.“ Oder anders ausgedrückt: Mit der CO₂-Kompensation hat man das schlechte Gewissen gereinigt und kann sich quasi vom Schuldgefühl freikaufen. In der FDP sind wir zum Schluss gekommen, dass die Gemeinde Zollikofen mit dem Erwerb der Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt den Klimawandel nicht im Geringsten beeinflussen kann. Im Gegenteil: Wir können mit der Goldauszeichnung keinen einzigen Eisbären vor dem Tod und keinen Gletscher vor dem Schmelzen retten. Es handelt sich um einen sehr teuren und aussichtslosen Kampf gegen Windmühlen. Deshalb lehnen wir die Motion ab. Nichtstun, ist jedoch keine Option für die FDP. Deshalb unterstützen wir die Erfüllung des Zertifikats „Energiestadt“, obschon auch hier die erwähnten Bedenken gelten. Wir erwarten von der Gemeinde Zollikofen, dass sie die notwendigen Vorkehrungen unternimmt, damit das Label „Energiestadt“ gehalten werden kann. Wir haben uns auch folgende Frage gestellt: Was wäre wenn sich alle Gemeinden der Schweiz zusammentun würden und jährlich je nach Grösse zum Beispiel Fr. 15'000.00 für die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energie zahlen würden? Es kämen jährlich rund 30 Mio. Franken zusammen, die für ein dediziertes Forschungsteam für erneuerbare Energie eingesetzt werden können. Die FDP wird sich weitere Gedanken in diese Richtung machen und vielleicht sogar einen fantasievollen Vorschlag bringen.

René Ritter (SVP): Der heisse Sommer ist vorbei, die politische Auswertung läuft noch. Genauso wie man Klima und Wetter nicht verwechseln darf, sollte man auch Aktivismus und Umweltschutz nicht verwechseln. Die SVP ist wie der Gemeinderat gegen die Erheblicherklärung dieser Motion und das aus verschiedenen Gründen. Einerseits ist es verfrüht, Gold-Label anzustreben, wenn nicht einmal sichergestellt ist, wie es mit dem aktuellen Label weitergeht. Der zweite Grund ist ganz klar finanzieller Art. Zollikofen ist am Sparen. Erst kürzlich haben wir beschlossen, dass wir nicht einmal mehr die Abstimmungskuvverts vorfrankieren können für den Bürger. Wollen wir unter diesen Umständen wirklich Geld in Millionenhöhe ausgeben und Lobby-Organisationen alimentieren und vor allem jedes Jahr eine sehr hohe teure Zertifizierung finanzieren? Wir würden lieber Geld ausgeben für Einzelmassnahmen, wie beispielsweise für das Cargo-Velo-Projekt. Nur schon die Kosten für die Administration, für das Erstellen von Statistiken, für die externe Zertifizierung, könnten anders eingesetzt werden und würden viel bewirken. Die SVP-Fraktion verlangt in Anbetracht der hohen wiederkehrenden Kosten, die noch nicht genau ausgewiesen sind, Kosten für Förderbeiträge und für das Aufrechterhalten der Zertifizierung, gegebenenfalls eine Vorlage für einen Verpflichtungskredit, der die Gesamtkosten aufzeigt und der Genehmigung des entsprechend zuständigen finanzkompetenten Organs unterliegt. Also nach meiner Abschätzung mindestens mit fakultativem Referendum. Der dritte Grund ist die Vorlage selber. Die Antwort des Gemeinderats zeigt die Kosten für die reine Zertifizierung nicht separat auf, also das was an die zertifizierungsbeauftragte Organisation geht, und es wird auch nicht auf die Frage eingegangen, was passiert, wenn wir das Gold-Label nicht erreichen würden. Verlieren wir dann sogar das normale Energiestadt-Label? Ich möchte auch gerne wissen, wo wir die ausgewiesenen 1,5 Mio. Franken in Zukunft einsparen sollten. Es scheint nicht unrealistisch, dass wir bis 2027 diese Ziele erreichen könnten, wir kaufen aber die Katze im Sack. Einer der Gründe, warum wir zurückgefallen sind bei der Erfüllung der Vorgaben des normalen Labels, ist, dass nicht sichergestellt ist, dass die

Spielregeln unterwegs nicht ändern. Ich denke, wir sollten zuerst unsere Hausaufgaben machen und uns erst dann für das Gold-Label bewerben. Der vierte Grund ist politischer Art. Es mag sein, dass die Energiestrategie des Bundes in Zollikofen eine komfortable Mehrheit gefunden hat, das ist so, wenn es aber um die konkrete Umsetzung geht, wird es immer schwieriger. Dann hat man nämlich, genau wie es aufgezeigt wurde, immer Einzelfälle anzuschauen. Das Energiestadt-Label Gold vermag die existierende Gesetzgebung nicht zu übersteuern. Der Kanton Bern hat ein sehr strenges Energiegesetz. Dieses geht sogar so weit, dass das Referendum ergriffen wurde. Wir können auch diese Abstimmung noch abwarten. Eine Annahme der Motion bedeutet schliesslich auch nichts anderes, wenn ich jetzt so Sachen sehe wie 2000-Watt-Zonen, dass man die Ortsplanung, die noch nicht einmal unter Dach und Fach ist, neu anfassen muss. Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Viele Mitglieder unserer Fraktion haben aus dem eigenen Sack in die Nachhaltigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Häuser investiert. Ich selber habe zum Beispiel ein Blockheizkraftwerk installiert. Wenn ich die Liste der Unterzeichnenden der Motion anschau, vermute ich mindestens noch die eine oder andere Öl-Heizung.

Philip Steiner (SP): Gestattet mir, dass ich mich auch noch mit einigen Worten zu dem aus meiner Sicht sehr wichtigen Thema an euch wende. Dieses Mal nicht in meiner Rolle als Präsident der SP Zollikofen, sondern als besorgter Bürger und als Vater einer 15-jährigen Tochter. Wir leben in einer spannenden Zeit, um das einmal diplomatisch korrekt auszudrücken, mit sehr grossen Herausforderungen. Herausforderungen, die in gewissen Fällen die Komplexität, Tragweite und Bedeutung haben, die uns Sorgen machen sollte, wenn nicht sogar schlaflose Nächte bescheren sollte. Aus meiner persönlichen Sicht ist der Umweltschutz eines dieser Themen. Der Umweltschutz gekoppelt mit dem Umgang mit der Energie. Aus meiner Sicht ein Problem mit sehr langwierigen Konsequenzen, nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die Zukunft. Wie bereits erwähnt, hat das Schweizer Volk im Mai 2017 mit knapp 60 % zum revidierten Energiegesetz Ja gesagt, auch Zolliköflerinnen und Zolliköfler, und hat damit die Kernpfeiler der Energiestrategie 2050 unterstützt. Ziel dieser Strategie ist, dass man mit Massnahmen im Bereich Energieeffizienz, erneuerbare Energie und dem Ausstieg aus der Kernenergie einen Beitrag leistet zum Schutz, ich würde sogar sagen zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt. Der Bund zählt in der Umsetzung dieser Strategie stark auf die Gemeinden, vor allem im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energie. Wir haben jetzt mit dieser Vorlage hier, die Chance, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir ihre Anliegen betreffend Umweltschutz ernst nehmen und bereit sind, mehr zu machen, als nur das Nötige. Es würde mich sehr freuen, wenn wir heute Abend mit Stolz und gehobener Brust sagen könnten, wir haben einen Beitrag geleistet oder wir sind bereit, in Zukunft einen Beitrag zu leisten, der über das Normale hinausgeht. Der Weg zum Ziel: Ich nehme an, wenn ich euch hier sehe, ihr habt alle schon einmal etwas erreicht im Leben, worauf ihr stolz seid. Die Kernfrage, wie erreicht man etwas im Leben generell: In meiner Lehre fängt das meiste damit an, dass man sich ein Ziel setzt und wenn es geht, möglichst ein genaues, messbares Ziel. Ich habe meine Ziele mehrheitlich verfehlt, ein paar habe ich erreicht, aber trotzdem bin ich überzeugt, dass man sich ohne Setzung eines Ziels nicht verwundern darf, wenn man schlussendlich nirgends anlangt. Dass man auf einem Weg zu einer Zielerreichung immer die Entwicklung des Umfelds im Auge behalten muss, die Kosten berücksichtigen muss und schauen muss, ob das, was man macht schlussendlich auch die Wirkung hat, ist ganz klar. Auch ich bin besorgt wenn ich Zollikofen anschau, nicht nur um die Umwelt, sondern auch um unsere Finanzsituation. Aber darum wäre es sehr wünschenswert, wenn dieses Gremium hier sagen würde, dass Umweltschutz für uns alle ein zentrales Thema ist und wir alle zusammenarbeiten wollen, damit wir Massnahmen identifizieren, die Sinn machen. Von mir aus muss man nicht unbedingt ein Label anstreben, aber dann müssten wir den FDP-Kollegen gegenüber konkret sein, dann brauchen wir das mittlere Label auch nicht, dann brauchen wir gar keines. Wenn wir nicht überzeugt sind, dass das Gold-Label etwas bringt, wieso wollen wir dann in das normale Label investieren? Nur eine Zwischenbemerkung: Wenn wir im Bereich Umwelt/Energie nicht in der "Champions-League" spielen wollen, in welchen Bereichen möchte unsere Gemeinde denn dort spielen? Oder sind wir eine Gemeinde, die sagt, in keinem Bereich ist für uns die "Champions-League" anstrebenswert? Was auch sein kann, aber ich würde es ein bisschen bedauerlich

finden. Wenn ich die Köpfe und Talente hier drinnen sehe, glaube ich schon, dass wir als Gemeinde Bereiche haben sollten, wo wir sagen, da reicht es uns nicht, in der "Super-League" zu sein, da wollen wir zu den Besten gehören, auch wenn es schwierig ist. Fr. 150'000.00 pro Jahr, ja das ist ein Betrag. Unser Gesamtbudget beläuft sich auf etwa 48 Mio. Franken. Wenn ich mich jetzt nicht verrechne, reden wir hier von weniger als einem Prozent. Wir müssen Sorge tragen zu den Finanzen, aber bitte verliert hier nicht aus der Sicht: Wie erreicht man ein Ziel? Indem man eines setzt und nachher hier bespricht, welche Ziele sinnvoll sind und welche weniger, da haben wir ja eine sehr gute Debatte-Kultur. Ich weiss, viele von euch haben Kinder, einige haben sogar schon Enkel. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir uns für diese Frage, die vor uns steht, überlegen würden, was wir nicht aus parteipolitischer Sicht das Richtige finden, sondern welcher Entscheid der Richtige ist für unsere Kinder, für unsere Enkel. Das sollte uns aus meiner Sicht leiten. Die Frage ist in ihrer Konsequenz sehr überschaubar, wir bewilligen hier keine Millionen. Wenn mir mein Gefühl sagt, ich brauche kein Label, oder was auch immer, ist das berechtigt. Aber dann sollte mein Gefühl sagen, ich habe andere Ideen, wie wir dorthin kommen können. Und einfach spontan eine Idee hier zu unterstützen und vielleicht in drei Monaten bei einem Neubau zu sagen, jetzt muss es Vierfach-Verglasung sein, das trägt der Seriösität des Umweltschutz-Problems leider nicht Rechnung. Ich würde mir wünschen, wir hätten mit der Umwelt-Problematik ein Problem, wo wir sagen könnten, wir machen hier und da ein bisschen etwas und dann kommt es schon gut. Wir sind weltweit gesehen umwelttechnisch auf einem sehr bedenklichen Kurs. Und nur weil eines der grössten Länder der Welt einen Vollidioten als Präsidenten hat, sondern auch weil wir einige gröbere Sachen ausweisen. Da wird Zollikofen alleine sicher nicht die Welt retten, aber wir können hier im Kleinen beginnen, für unsere Kinder und Enkel etwas zu machen. Etwas, worüber wir sagen können, es war nicht einfach, wir haben es im Bewusstsein gemacht, dass wir nicht viel Geld in der Kasse haben. Aber wir haben es gemacht, weil wir das Gefühl haben, das Gremium hier, das super zusammengesetzt ist, kann gute Entscheide treffen, wenn wir uns dem Ziel Gold-Label einmal verschrieben haben. Lasst uns bitte im Sinne unserer Nachkommen oder auch nur um das eigene Gewissen zu beruhigen Ja sagen zu dieser Motion.

Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber Kornelia, Beat und Philip haben wirklich sehr gute Statements gebracht, wo ich auch dafür bin. Ich bin nicht parteiabhängig in meiner heutigen Entscheidung, ich werde Nein stimmen. Aber es ist nichts gegen euch oder die Partei. Ich denke einfach, wie die FDP auch gesagt hat, etwas machen muss man nicht mit Kosten von jährlich Fr. 150'000.00. Das sollte freiwillig erfolgen. Zollikofen alleine kann die Welt nicht retten, wie Philip gesagt hat. Ich bin gerne bereit, etwas zu helfen, sicher auch meine Partei, aber ich persönlich sehe den Sinn im Moment nicht, warum uns das pro Jahr Fr. 150'000.00 kosten soll.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Ihr habt sicher gesehen, dass mein Name nicht unter den Mitunterzeichnenden der Motion steht. Und zwar, weil ich mir damals überlegt habe, ich bin in der Finanzkommission und ich kenne die himmeltraurige Lage bezüglich Selbstfinanzierung der Investitionen. Darum war ich hier zurückhaltend. Aber nach der heutigen Diskussion gebe ich zu, dass ich der Motion trotzdem zustimmen werde. Lieber René Ritter, du singst wahrscheinlich den Schweizerpsalm mehr als ich. Dortdrin heisst es "wenn der Alpenfirn sich rötet". In der Schweiz tun die parlamentarischen Mehrheiten auf allen Ebenen, Bund, Kanton und Gemeinde, gegenwärtig alles dafür, dass sich der Alpenfirn bald nicht mehr rötet, weil es nämlich gar keinen mehr gibt. Alles andere wurde eigentlich gesagt. Ich werde mich dann bei der Finanzkommission rechtfertigen müssen, dass ich heute Abend der Fraktion zugestimmt habe. Ich werde das dann mit verschiedenen Argumenten machen können. Aber die Diskussion heute trägt der Wichtigkeit des Klimawandels überhaupt nicht Rechnung. Und das Gestürm, ob "Champions-League" oder andere Liga ist eher daneben im Zusammenhang mit dieser Diskussion.

Markus Burren (SVP): Energie sparen oder nicht sparen, das kann jeder selber für sich entscheiden. René hat gesagt, man muss selber überlegen, was ihr zu Hause habt, womit ihr heizt oder in welchem Standard euer Haus selber ist. Dann ist die Antwort schnell gegeben, in

welchem Rahmen ihr etwas beiträgt. Überlegt euch, wie viel ihr macht. Ein CO2-Zertifikat zu kaufen ist wirklich nur um Geld loszuwerden und das Gewissen zu beruhigen. Ich selber kann sagen, ich bin seit zwanzig Jahren nicht mehr geflogen. Ich werde in nächster Zeit wieder einmal fliegen, aber dort trage ich etwas dazu bei. Wir sprechen hier von einem rechten Kredit, da bin ich ganz klar der Meinung, dass wir da über einen Verpflichtungskredit diskutieren müssten, wenn es soweit ist. Dass man das entsprechende Gremium einbezieht, wenn es darum geht, wie wir es durchziehen wollen, im Fall dass die Mehrheit heute Ja sagen würde.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Velgio (SP): René Ritter, du hast Fragen in deinem Votum aufgeworfen. Möchtest du dort eine Antwort? Okay. Markus Burren hat es nun auch nochmals aufgeworfen, wegen einem Gesamt-Verpflichtungskredit. Wir haben im heutigen Zeitpunkt die kreditrechtlichen Details noch gar nicht abgeklärt. Ob jede Einzelmassnahme dem finanzkompetenten Organ vorgelegt wird, oder ob das gesamtheitlich kommen wird, wissen wir nicht. Wir können das als Einfache Anfrage entgegennehmen. Ich kann beantworten, was passiert, wenn wir die 50 % nicht erreichen. Dann verlieren wir das Label. Zu den Kosten des Re-Audits: Wir haben alle vier Jahre Fr. 10'000.00 dafür im Budget. Es sind nicht ganz Fr. 10'000.00, die jeweils rein für das Re-Audit aufgewendet werden, es ist eine Pauschale, die nicht ganz ausgeschöpft wird, aber das ist ungefähr der Rahmen. Die Frage bezüglich Einsparungen kann ich nicht beantworten.

Philip Steiner (SP): Ich stelle einen **Ordnungsantrag**: Ich beantrage eine 5-minütige Unterbrechung der Sitzung.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag auf eine 5-minütige Unterbrechung wird angenommen.

5 Minuten Pause

Fritz Pfister (SVP): Es wurde schon sehr viel gesagt, aber man muss hierzu einfach sagen, ich habe auch zwei Kinder in Ausbildung. Ich sehe hier drinnen manchmal, dass sich Leute bekämpfen, anstatt dass man einander helfen würde. Das sind nicht nur die 1,5 Mio. Franken, worüber wir heute Abend für die nächsten zehn Jahre entscheiden. Es sind jedes Jahr auch noch rund Fr. 50'000.00, die wir für eine neue Stellenbesetzung, Kommissionssitzungen und so weiter ausgeben wollen. Also sind wir dran, zwei Millionen auszugeben in den nächsten zehn Jahren. Ich glaube, heruntergebrochen auf jedes Jahr Fr. 200'000.00 in konkrete Projekte zu investieren, wäre schlauer, als es einem "Marketing-Fritz in den Hintern zu stossen". Meine Frau hat mir zwar gesagt, ich soll mich heute Abend benehmen (*Anm. der Protokollführerin: allgemeine Erheiterung*), aber ich bin einer von denen, die es geradeaus sagen und nicht irgendwie rundum. Darum überlegt euch genau was ihr heute Abend macht. Ich bin auch dafür, dass wir Umweltschutz betreiben und fossile Energien einsparen in grossem Mass. Aber gewisse Massnahmen zielen manchmal über das Ziel hinaus und man könnte sie hier in der Gemeinde schlauer umsetzen als in einem Gold-Label. Wie vorher schon gesagt wurde, es wäre vielleicht schlauer, wir würden auf diese Label verzichten und damit vielleicht Fr. 300'000.00 jährlich in der Kasse haben um diese schlauer einzusetzen. Über das sollten wir aber konkret miteinander sprechen und nicht gegen einander. Was man auf schweizerischer Höhe und auf kantonaler Höhe politisiert ist manchmal nicht richtig. Darum überlege sich bei dieser Abstimmung jeder für sich: Was ist es mir wert, was wollen wir hier in der Gemeinde erreichen. Ich sage das nicht auf parteipolitischer Ebene, sondern aus eigenem Interesse.

Kornelia Hässig (SP): Ich danke für die interessante Diskussion. Ich möchte einfach noch kurz sagen: Es tönt ja so, wie wenn Fr. 100'000.00 pro Jahr in eine Marketing-Firma gehen würden. Es sind aber konkrete Massnahmen und den Massnahmenkatalog dürfen wir bestimmen bzw. die Baukommission. Es ist eine komplexe Sache, dieser Massnahmenkatalog. Ich verstehe, dass ihr euch für eure Voten nicht damit auseinandergesetzt habt, ich kenne das einfach aus meinem Beruf. Das sind konkrete Projekte, die man unterstützt, man kann für diese

Projekte auch noch Geld verlangen. Das geht nicht in eine Marketing-Firma. Mirjam hat gesagt, es gehen alle vier Jahre Fr. 10'000.00 an das Label. Alles andere sind konkrete Massnahmen, wo man etwas in der Hand hat, womit wir etwas erreichen. Ich bitte euch, das im Kopf zu haben, wenn ihr abstimmt.

Beschluss (16 für Erheblicherklärung, 15 dagegen)

Die Motion Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!" wird erheblich erklärt.

23 1.92.3 Interpellationen

Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Geniesst ReBeNo Wettbewerbsvorteile dank Sonderrechten?"; Antwort

René Ritter (SVP): Mit der Antwort des Gemeinderats bin ich sehr zufrieden. Er hat detailliert und präzise Auskunft gegeben. Nicht ganz befriedigend finde ich natürlich die Umstände, die zu dieser Interpellation geführt haben. Das passt gerade zur Debatte von heute Abend. Es entspricht dem Zeitgeist, autofreie Quartiere zu haben. In der Praxis sieht es aber so aus, dass die Leute, die dort wohnen, ein Taxi vor dem Haus wollen, dass sie die SpiteX wollen, dass sie die Post wollen. Die Post ist nicht nur die Post, sondern auch Kurierdienste wie DHL, Le Shop und so weiter. Die einen behelfen sich mit Ausnahmeregelungen, die anderen sind schlicht und einfach Irrealität. Darum danke ich auch dafür, dass der Gemeinderat in seiner Antwort geschrieben hat, er sehe Handlungsbedarf.

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

24 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Markus Burren (SVP) betreffend "Landgarbenstrasse bereits nach 10 Jahren ein Sanierungsprojekt"; Antwort

Markus Burren (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die umfangreiche Antwort. Es freut mich dass er zum gleichen Schluss gekommen ist wie ich, dass es nicht so gut gelaufen ist bei diesem Projekt und dass die Strasse sicher länger halten sollte als sie es tut. Ihr könnt euch alle selber ein Bild machen, es hat bereits heute nach zehn Jahren verschiedene Beton-Flicke. Bei dieser Belastung, der die Strasse ausgesetzt ist, geht es sicher nicht mehr lange bis man sie sanieren muss.

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

25 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Johanna Thomann (FDP) und Mitunterzeichner betreffend "Bushaltestellen Betagtenheim, Kreuz, alte Post, etc."; Antwort**Kenntnisnahme**

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

26 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Andreas Buser (glp) betreffend "Sammlung von expandiertem Polystyrol"; Antwort

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

27 1.92.3 Interpellationen

Dringliche Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Verkehrssicherheit auf der sanierten Kreuzung Eichenweg / Länggasse"; Antwort

Bruno Vanoni (GFL): Ich danke für die schnelle und klare Beantwortung der Fragen. Ich bin gespannt auf die Mittelmarkierung im Eichenweg, wie sich diese auswirken wird und überhaupt wie sich auch der zusätzliche Platz, den man für die Sicherheit der Velofahrenden angekündigt hat, auswirkt. Der Gemeinderat ist nicht allen Empfehlungen der BfU gefolgt, ob das richtig ist, wird der Verkehrsfluss zeigen, den wir jetzt noch nicht einschätzen können. Eine abschliessende Beurteilung ist darum heute sicher nicht möglich. Ich sage darum weder teilweise noch ganz befriedigt, sondern nur vorläufig befriedigt zu dieser Antwort.

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

28 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

- Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Künftige Nutzung der Liegenschaft Wohnheim Landgarben"
 - Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Information der Bevölkerung über neues Abfallkonzept"
 - Einfache Anfrage René Ritter (SVP) betreffend "Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt, kreditrechtliche Aspekte"
-

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die nächste Sitzung findet am 17. Oktober 2018 statt. Ich danke allen für das engagierte Politisieren heute Abend. Ich wünsche denen, die ich am GGR-Ausflug nicht sehe, eine gute Zeit, schöne Herbstferien, und aufgrund der Voten: Haltet Gott vor Augen beim Fliegen, bei der Kreuzfahrt, und so weiter.